

# Warum macht Wohlstand satt und nicht erfinderisch?



Ich reibe mich permanent an einer gewissen Träg- oder Satttheit in Liechtensteins Staatspolitik: klein und darum übersichtlich, mit Wohlstand ausgestattet; eine fantastische Ausgangslage um Innovatives und Beispielgebendes anzustreben, um Modell zu sein. Stattdessen überwiegen Betrachtungen zur Tagesaktualität, allenfalls bis zu Mandatszeitenintervallen.

Liechtenstein hat als letzte deutschsprachige Monarchie sein Alleinstellungsmerkmal. Die Geschäfte rund um Steuern haben ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Prosperität beigetragen. Der Übergang vom Bauernstaat zum Industrie- und Finanzplatz geschah sehr rasch. In den folgenden Boomjahrzehnten hat sich Liechtenstein gesellschaftlich nicht zur «Stadtlandschaft» gewandelt, sondern verblieb in zu gross geratenen Dörfern auf der Suche nach neuen Formen in semiurbanen Gefilden.

Ich erlebte um 1970 das noch Konservative, das sich zögerlich der Welt gegenüber öffnete. Liechtenstein wurde wirtschaftsliberal, aber nicht mehr. Ich drückte gewisse Zweifel an der Möglichkeit aus, bei 25'000 Einwohnern eigenstaatlich zu sein und meinte für die Entwicklung eines eigenstaatliches Gebilde bräuchte es mindestens 100'000 Einwohner oder gar die Einwohnerzahl von Luxemburg. Anfangs der 1970er Jahre mussten der Regierungschef, der Apotheker wie der Viehbesamungstechniker Liechtensteinische Staatsbürger sein. Das galt für alle öffentlichen Posten und einen regulierten Markt und hierfür war eine qualifizierte Auswahl bei der gegebenen Anzahl

von Staatsbürgern – die stimmberechtigten Frauen folgten erst 1984 – nicht immer gegeben. Die nachfolgenden internationalen Kontakte zum Europarat, zur UNO und die Annäherung an die EU via EWR trugen zur schrittweisen Öffnung bei.

Liechtenstein war viele Jahrzehnte mit den «Briefkastenfirmen» verbunden und löste vielerorts Augenrollen, Entrüstung oder zynische Kommentare aus. Es profitierten vor allem Treuhänder und Anwälte mit ihren Mandaten. Dabei waren weniger Ideen gefragt als die Verwaltung und Vermehrung des Status quo, also ein bisschen Rahm abschöpfen vom internationalen Finanzplatz. Als Reaktion auf die zunehmend bedrohliche Aufnahme auf «Schwarze Listen» bestellte die Regierung eine Arbeitsgruppe. Diese erhielt im Jahr 1981 die Aufgabe, einen Bericht über die «Möglichkeiten und Wege einer verbesserten Liechtenstein-Darstellung im Ausland» auszuarbeiten. Man suchte offensichtlich nicht eine wesentliche Veränderung, sondern eine Antwort auf Aufgezwungenes. Es wurde im Bericht festgestellt, dass das Image Liechtensteins «blass und wenig profiliert» sei und schlug in zwei Varianten eine neue Institution mit der Aufgabe vor, die Liechtenstein-Darstellung im Ausland zu koordinieren. Es wurde hierfür mit einem Kostenaufwand von jährlich 0.5 bis eine Million Franken gerechnet. Es fand hierzu eine Vernehmlassung statt, an der sich auch einige NGOs skeptisch zu Dementis zu einer verzerrten Liechtenstein-Darstellung äusserten. Stattdessen wurde vorgeschlagen positive Grundthemen zu besetzen, seien diese kultureller, sozialer oder umweltbezogener Inhalte. Dies würde eher zur Reputation des Landes beitragen als eine Dementikultur.

Liechtenstein hat zudem als souveräner Staat keine Ausgaben für die Landesverteidigung. Nach schweizerischem Äquivalent wurde dies 1983 mit jährlich ca. 20 Mio. Franken beziffert. Mit diesen «freiwerdenden» Mitteln im ohnehin prosperierenden Staatshaushalt könnten positive Akzente gesetzt werden. Stattdessen wurden diese Mittel in anderer Form in grosser Eigendynamik umgesetzt. Es entwickelte sich ein konsumtives Verhalten (mehr Einnahmen = mehr Ausgaben) und es wurden zunehmend mehr Ansprüche beim Staat angemeldet. So sind auch die Staatsausgaben für den Hoch- und Tiefbau überproportional gewachsen. Das liechtensteinische Bauvolumen wurde pro Kopf viermal höher als in der alten BRD und 2.5 Mal so hoch wie in der Schweiz geschätzt. Die fortschreitende Zersiedlung der Landschaft wurde durch die Bereitstellung der öffentlichen Mittel erst ermöglicht. Allein von den ebenfalls finanzstarken elf Gemeinden wurden 1970-78 130 Mio. Franken für die Erschliessung von Bauland verbraucht. Alles ist auf Mehrverbrauch ausgerichtet, wobei sich offensichtlich wenige Gedanken darüber machen, wie es mit dem Landverbrauch weitergehen soll. Die restriktiveren Raumplanungsbestimmungen der Schweiz oder Vorarlbergs werden in Liechtenstein nicht nachvollzogen. Raumplanung gilt als «heisses Eisen» und so gibt es auch im Jahre 2021 immer noch kein Raumplanungsgesetz. Die Zersiedelung des Talraums wird in der Tagespolitik verdrängt. Das ist in einem Kleinststaat ohne grössere Ressourcen als bedenklich anzusehen.

Was tun? Wäre es nicht erstrebenswert, im Kleinststaat ethische und gesellschaftspolitisch bedeutsame Akzente zu setzen, fragte ich mich in einem Beitrag in der Festschrift für Alt-Regierungschef Alexander Frick zu seinem 75. Geburtstag im Jahre 1985. Ich schlug vor, ein «alpines Forschungsinstitut» zu gründen, welches sich für eine möglichst intakte Erhaltung und Gestaltung des Alpenbogens einsetzt. Liechtenstein wäre für solche Fragestellungen als alpinster aller Vertragsstaaten der Alpenkonvention prädestiniert. Es hätte sich u.a. mit der Zukunft der Berglandwirtschaft jenseits des Älplermythos und mit geeigneten Tourismusformen beschäftigen können. Ein kleiner Lichtblick ergab sich 1983 mit der Ansiedlung der Int. Alpenschutzkommission CIPRA im Land, der bisher ersten und einzigen internationalen Organisation.

Herrn dipl.-Ing. Mario Proggi, Vieson

Ihre hochinteressante Anregung zur Gründung eines Liecht. Institutes der alpinen Landschafts- und Umweltforschung finde ich sehr realisiert zu werden. Sie könnten dort ein Gegenstück schaffen zur morgensischen Meerforschung. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihren hochinteressanten Beitrag zur "Festgabe". Auf meine, wenn auch nicht recht entscheidende Unterstützung in diesem Ihrem Vorhaben können Sie rechnen.  
Mit besten Grüßen auch <sup>an</sup> Ihre Frau verbleibe  
A

Antwortschreiben des Alt-Regierungschefs

Dabei gäbe es doch so viel, was in Liechtenstein sein könnte: Denkfabriken, neues Wohnen, Antworten für das semiurbane Gefilde, Anpassung an den Klimawandel, Autarkie in Energiefragen. Visionäre Landwirtschaftspolitik. Stattdessen gibt es neuerdings fünf Casinos und bald deren zehn, was für das Land kaum imagefördernd sein wird. Die Entwicklung des libertären Staates verläuft immer mehr in Richtung Banales: viel Geld – wenig Leben, ohne verpflichtendes Wirken für eine Zukunftsfähigkeit des Landes.

Ist das einfach so zur Kenntnis zu nehmen? Ist es einfach so wie es ist? Und wie sieht das anderswo unter ähnlichen Bedingungen aus? Es gibt zumindest ein ähnliches Beispiel, nur eine knappe Autostunde entfernt. Im «NZZ am Sonntag Magazin» 17/2021 lese ich über den Kanton und die Stadt Zug, die als Tiefsteuerregion bekannt ist, von Thomas Sevcik folgendes: «Zug – das hätte eine neuartige Stadtlandschaft werden können, clever geplant, früh in Nachhaltigkeit investierend. Mit privaten Hochschulen und Denkfabriken, einem lebendigen privaten Mäzenatentum und einer bedeutenden, privat organisierten und finanzierten Kulturszene, mit mutiger Architektur, interessanten Mobilitätskonzepten und modernen Verwaltungsideen. Gerade in Bereichen, die dringend Innovation benötigen, wie etwa das Spital- und das Gesundheitswesen. Stattdessen zeigt sich triste eidgenössische Durchschnittsware, sogar in manchen Bereichen liebloser als anderswo und oft mickriger umgesetzt».

Zug hat einige Ähnlichkeiten mit Liechtenstein: überschaubar und ebenfalls prosperierend. «Zug ist eine Kultur des Wenigen im Anschein des Üppigen», meint Thomas Sevcik. Dieses Schicksal teilt Zug offensichtlich mit anderen «Laisser-faire-Orten». Dieser natürliche Entwicklungsvektor eines libertären Gebietes geht in Richtung Banales: viel Geld – wenig Leben. Zug bräuchte wie Liechtenstein einen Plan für die Gestaltung des Machbaren.

Eine Hoffnung war mit der 2011 gegründeten Universität in Liechtenstein verbunden. Ich erwartete eine Ausrichtung des Fachbereiches «Wirtschaft» in Richtung einer Ökonomie zur nachhaltigen Entwicklung. Ich erwartete mir Vorstellungen für eine Einbettung einer künftigen Wirtschaft in umweltgerechte und kulturelle Rahmenbedingungen. Im Fachbereich «Architektur» erhoffte ich mir Denkanstöße für eine mögliche bauliche Entwicklung im Alpenrheintal mit seinen rund 500'000

Einwohnern. Stattdessen ein Wirken in üblichen Bahnen. Nur einmal ein kurzes Aufblitzen: die Studie «Twentysixtyeight» des Jahres 2008 setzte sich mit einer Metamorphose Liechtensteins in das Jahr 2068 mit rund 100'000 Einwohnern auseinander. Sie schilderte die Eingliederung des wachsenden Gebildes in baulicher und wirtschaftlicher Hinsicht und vergass auch die benötigte Lebensqualität mit einem revitalisierten Alpenrheintal nicht. Das Werk strahlt eine Vision aus, die für einen Dialog über die Zukunft des Kleinststaates so dringlich wäre. Die Studie hat das Gefilde des Universitätscampus allerdings kaum verlassen, ist nicht in eine breitere Diskussion gekommen. Die nur englische Version des Buches war für die weitere Kommunikation auch nicht hilfreich. Man mag die dort vorgetragene Stossrichtung wollen oder auch nicht – die Diskussion wäre wertvoll gewesen.

Werden private noch junge Stiftungen wie «Zukunft Liechtenstein» und «Lebenswertes Liechtenstein» hier die nötigen Impulse liefern können? Sie sind wohl beide entstanden, weil man die Notwendigkeit sieht sich über die weitere Entwicklung des Landes Gedanken zu machen. Oder geht es weiter so mit verpassten Chancen?

Mario F. Broggi, 2.5.2021

### Quellen:

Broggi, M.F. (1985): Für ein liechtensteinisches Institut der alpinen Landschafts- und Umweltforschung. Festgabe für Alexander Frick zum 75. Geburtstag, Sonderausgabe der Bergheimat, Jahresschrift des Liechtensteiner Alpenvereins, S. 38-45

Industrie- und Finanzkontor (2008): Twentysixtyeight. Liechtenstein Verlag, Vaduz, 182 S.

Sevcik, T. (2021): Die grosse Enttäuschung. NZZ am Sonntag Magazin, 17/2021: S. 8-11.